

Von: Rosche, Carsten
Gesendet: Donnerstag, 10. August 2017 17:12
An: RegO1
Betreff: VÖ von RefE / Verbändestellungnahmen der 18. LP, hier: Protest des DSB eines Verbandes gegen Vorgehen, Bitte an BMI um Stellungnahme

Bitte z.Vg. O1-15016/1#33
Rosche

Von: O1_
Gesendet: Montag, 7. August 2017 15:40
An: BMUB Lutz, Dagmar; IFG@bmjv.bund.de; BMWI Dannenbring, Silvia; BMWI Wunderlich, Nina; 505-20@diplo.de; 505-22@diplo.de; ifg@bk.bund.de; BKM-K13_; justizariat@bmas.bund.de; IFG@bmbf.bund.de; BMEL Referat 114; VB5@bmf.bund.de; DG3@bmfsfj.bund.de; BMG Z17; BMVG BMVg Recht I 1; Ref-z13@bmvi.bund.de; BMZ IFG; BMWI Güttler, Nina Marie; 013-9@auswaertiges-amt.de; AA Blaurock, Eckart; BMFSFJ Müller, Jürgen; BMFSFJ Kappl, Christina; BMFSFJ Bourauel, Jutta
Cc: BMUB Horn, Dietmar; BMUB Schwarte, Christiane; BMUB Münnich, Michael; G II 1; BMUB Sauer, Matthias; BMUB Seidel, Holger; KP; Datenschutzbeauftragter; BMUB Bittermann, Benjamin; ZI4_; VII1_; VII4_; Eickelpasch, Jörg; Jost, Tanja; O1_
Betreff: AW: VÖ von RefE / Verbändestellungnahmen der 18. LP, hier: Protest des DSB eines Verbandes gegen Vorgehen, Bitte an BMI um Stellungnahme

O1-15016/1#33

Sehr geehrte Frau Lutz,

zu Ihrer Nachricht nimmt BMI wie folgt Stellung.

Das Verfahren wurde im Ressortkreis diskutiert und einstimmig beschlossen. Es sollte daher weiter entsprechend verfahren werden. Das BMI hatte bereits frühzeitig dargelegt, dass es die Einwilligung der Verbände nach Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) vor der Veröffentlichung der Stellungnahmen nicht für notwendig erachtet, da hier nicht das BDSG, sondern das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) einschlägig ist.

Zur Begründung:

Nach § 11 Abs. 3 IFG sollen die Bundesbehörden zusätzlich zu den Verzeichnissen, Akten- und Organisationsplänen, die nach § 11 Abs. 1 und 2 IFG zu veröffentlichen sind, auch weitere geeignete Informationen allgemein im Internet zugänglich machen. Auf Grundlage von § 11 Abs. 3 IFG können (und sollen) Bundesbehörden zur Erhöhung der Verwaltungstransparenz beitragen und von Amts wegen relevante Informationen veröffentlichen. Für eine solche Veröffentlichung sind insbesondere solche Informationen geeignet, an denen erkennbar ein (allgemeines) Informationsinteresse der Bürger besteht. Hierfür kann insb. auch die Häufigkeit individueller IFG-Anträge ein Indikator sein.

Eine Eignung für die Veröffentlichung nach § 11 Abs. 3 IFG kann jedoch, abgesehen vom einem (allgemeinen) Informationsinteresse, nur dann angenommen werden, wenn die betroffenen Informationen keinem Geheimhaltungstatbestand des IFG (§§ 3 bis 6 IFG) unterliegen. Im Rahmen der Veröffentlichung nach § 11 Abs. 3 IFG sind demnach auch die Ausschlussstatbestände des IFG zu berücksichtigen.

Für den vorliegenden Fall der Veröffentlichung von Verbändestellungnahmen, die die Ressorts im Rahmen des Verfahrens nach § 47 Abs. 3 GGO erhalten haben, ist hinsichtlich der in diesen ggf. enthaltenen personenbezogenen Daten § 5 IFG zu berücksichtigen, der gesetzliche Festlegungen zum Schutz personenbezogener Daten im Anwendungsbereich des IFG betrifft.

§ 5 IFG enthält Kriterien zur Auflösung des Konflikts zwischen Informationszugangsfreiheit und Datenschutz. Dabei hat zwar grundsätzlich der Schutz personenbezogener Daten Vorrang vor dem (allgemeinen) Informationsinteresse. Für bestimmte personenbezogene Daten hat der Gesetzgeber in § 5 Abs. 2 bis 4 IFG jedoch Maßstäbe für die Interessenabwägung bestimmt bzw. bereits entschieden, welchem Interesse im Konfliktfall der Vorrang eingeräumt wird.

§ 5 Abs. 3 IFG legt (als widerlegliche Vermutung) fest, dass bei bestimmten funktionsbezogenen Angaben (Name, Titel, akademischer Grad, Berufs- und Funktionsbezeichnung, Büroanschrift und Bürokommunikationsnummer) von Personen, die als Gutachter, Sachverständiger und vergleichbarer Funktionsträger eine Stellungnahme in einem Verfahren abgegeben haben, das (allgemeine) Informationsinteresse das schutzwürdige (Datenschutz-) Interesse des Dritten überwiegt. Die sachliche Rechtfertigung für den geringeren Schutz der von § 5 Abs. 3 IFG erfassten Daten liegt in darin, dass in einem solchen Fall, in dem sich die Bundesbehörde des Fachwissens von Experten bedient, diese (mit der von Ihnen abgegebenen Stellungnahme) an die Öffentlichkeit treten.

Die Stellungnahmen von Verbänden, die diese im Rahmen des Verfahrens nach § 47 Abs. 3 GGO übermitteln, fallen unter die Voraussetzungen des § 5 Abs. 3 IFG, so dass die darin ggf. enthaltenen funktionsbezogenen personenbezogenen Angaben (und nur um solche wird es bei den Verbändestellungnahmen regelmäßig handeln) grundsätzlich dem (allgemeinen) Informationsinteresse unterworfen sind und damit im Regelfall herauszugeben sind bzw. ohne weiteres veröffentlicht werden dürfen.

Allerdings lässt es § 5 Abs. 3 IFG (als widerlegliche Vermutung) zu, dass im Einzelfall vorliegende besondere Umstände dennoch ein überwiegendes Schutzbedürfnis der funktionsbezogenen Angaben begründen können und einen Informationszugang bzw. eine Veröffentlichung ausschließen.

Durch die Beteiligung der Verbände, die im Vorgriff der geplanten Veröffentlichung durch die Ressorts erfolgt, haben die Verbände jedoch gerade die Möglichkeit, ihre Interessen umfassend geltend zu machen.

Mit freundlichen Grüßen

i. A. Carsten Rosche

--

Bundesministerium des Innern

Referat O 1

Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

Tel.: 030 / 18681 – 12807

Fax: 030/18681 -5 12807

O1@bmi.bund.de

www.bmi.bund.de

Von: BMUB Lutz, Dagmar

Gesendet: Mittwoch, 2. August 2017 13:22

An: O1_; IFG@bmjv.bund.de; BMWI Dannenbring, Silvia; BMWI Wunderlich, Nina; 505-20@diplo.de; 505-22@diplo.de; ifg@bk.bund.de; BKM-K13_; justizariat@bmas.bund.de; IFG@bmbf.bund.de; BMEL Referat 114; VB5@bmf.bund.de; DG3@bmfsfj.bund.de; BMG Z17; BMVG BMVg Recht I 1; Ref-z13@bmvi.bund.de; BMZ IFG; BMWI Güttler, Nina Marie; 013-9@auswaertiges-amt.de; AA Blaurock, Eckart; BMFSFJ Müller, Jürgen; BMFSFJ Kappl, Christina; BMFSFJ Bourauel, Jutta; ZI4_; VII1_; Eickelpasch, Jörg; VII4_

Cc: BMUB Horn, Dietmar; BMUB Schwarte, Christiane; BMUB Münnich, Michael; G II 1; BMUB Sauer, Matthias; BMUB Seidel, Holger; KP; Datenschutzbeauftragter; BMUB Bittermann, Benjamin

Betreff: Ro./Ha VÖ von RefE / Verbändestellungnahmen der 18. LP, hier: Protest des DSB eines Verbandes gegen Vorgehen, Bitte an BMI um Stellungnahme

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

im Nachgang zum im Ressortkreis konsentierten Vorgehen zur Veröffentlichung von Referentenentwürfen und Verbändestellungnahmen der 18. LP kontaktieren unsere Fachreferate derzeit die betroffenen Verbände. Dabei wird das Musterschreiben des BMI verwendet. Heute hat unser Haus das untenstehende Schreiben des

Datenschutzbeauftragten eines Verbandes erhalten. Der Datenschutzbeauftragte protestiert gegen das angekündigte Vorgehen (Einverständnis in Veröffentlichung personenbezogener Daten nach Fristablauf). Er hat außerdem mitgeteilt, dass er bereits die BfDI sowie die Berliner Landesbeauftragte für den Datenschutz in Kenntnis gesetzt hat.

Mich würde zum einen interessieren, ob auch andere Ressorts ähnliche Schreiben erhalten haben.

Außerdem bitte ich das für Datenschutzrecht federführende BMI um Stellungnahme und ggf. Vorschlag zum weiteren Vorgehen.

Herzlichen Dank im Voraus!

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Dagmar Lutz

Dagmar Lutz
Referentin

G II 1
Informationsfreiheitsrecht, Umwelthaftungsrecht, Bessere Rechtsetzung
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau
und Reaktorsicherheit

Stresemannstraße 128 - 130, 10117 Berlin

Telefon +49 (0)30 18 305-3648

Fax +49 (0)30 18 305-4647

E-Mail dagmar.lutz@bmub.bund.de

Internet www.bmub.bund.de

Facebook www.facebook.de/bmub

Twitter twitter.com/bmub

Instagram www.instagram.com/bmub/

Erst denken - dann drucken – der Umwelt zuliebe!

Von: Datenschutz@mwv.de [<mailto:Datenschutz@mwv.de>]

Gesendet: Mittwoch, 2. August 2017 10:46

An: [BMUB, Sb WR I 2]

Cc: Datenschutz@mwv.de;

Betreff: Beteiligung von Verbänden vor der Veröffentlichung von Stellungnahmen im Internet - Gesetz zur weiteren Verbesserung des Hochwasserschutzes und zur Vereinfachung von Verfahren des Hochwasserschutzes (HWSG II)

Sehr geehrte Herr ###,

Bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 24.07.2017 weisen wir Sie daraufhin, dass für die Weitergabe von personenbezogenen Daten an Dritte (Veröffentlichung im Internet) eine schriftliche Zustimmung des Betroffenen nach § 4a BDSG benötigt wird.

Allein der Ablauf einer Frist stellt keine schriftliche Zustimmung dar. Die Veröffentlichung bleibt solange datenschutzrechtlich unzulässig, wie keine schriftliche Zustimmung vorliegt.

Aufgrund der Urlaubszeit können Ihnen die Betroffenen die Zustimmung in der von Ihnen gesetzten Frist weder geben noch verwehren.

Als Datenschutzbeauftragter des MWV weise ich Sie daraufhin, dass ich einer Veröffentlichung der Stellungnahmen des MWV mit personenbezogenen Daten ohne die nach § 4a BDSG erforderlichen schriftlichen Zustimmung widerspreche.

Sobald wir die betroffenen Mitarbeiter von Ihrem Schreiben in Kenntnis gesetzt haben und uns die Zustimmung des betreffenden Mitarbeiters vorliegt werden wir Sie darüber informieren. Dies wird aufgrund der Urlaubszeit voraussichtlich spätestens Ende September erfolgen.

Bitte beachten Sie, dass ich aufgrund der Häufung dieser Anschreiben die Bundesdatenschutzbeauftragte, sowie die Landesdatenschutzbeauftragte des Landes Berlin von diesen in Kenntnis gesetzt habe.

Mit freundlichen Grüßen | Kind Regards

#####

Datenschutzbeauftragter |
Data Privacy Officer

Tel ###

Fax ###

Mail ###@mwv.de



Mineralölwirtschaftsverband e.V.
Georgenstr. 25, 10117 Berlin

Besuchen Sie unser neues Online-Angebot | Visit our new online-service:

www.mwv.de |  [@mwv_berlin](https://twitter.com/mwv_berlin)